

City News

Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Polen, Serbien, Slowenien,
Tschechien, Ungarn

15. bis 18. Januar 2019



Inhaltsverzeichnis

Sarajevo/Bosnien-Herzegowina.....	6
Universität Sarajevo: Auszeichnung von der Europäischen Kommission.....	6
Sarajevo: Ausstellung zeigt Wandel des Frauenbildes.....	6
Bosnien-Herzegowina: Negativer "Human Rights Watch Report"	6
Sofia/Bulgarien.....	8
Österreichische InvestorInnen diskutieren mit bulgarischem Staatspräsident über Geschäftsklima in Bulgarien	8
Sofia baut neue soziale Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.....	8
Sofia: Fuhrpark wird kontinuierlich erneuert	9
Zagreb/Kroatien	10
Zagreber Bürgermeister will Projekte mithilfe von kroatischer Regierung realisieren	10
Zagreb: Vorschlag zur Erhöhung der Müllabgaben	10
Kroatien: Grippewelle erreicht Höhepunkt	11
Krakau/Polen	12
Kein Pilotversuch "Schulstraße" in Krakau	12
Tourismus-Rekorde in Kleinpolen.....	12
Ganz Polen nimmt Abschied vom Danziger Bürgermeister.....	12
Belgrad/Serbien	14
Russische Firma an Entwicklung eines Stadtgebiets in Belgrad interessiert..	14
Serbien: Erste SOS-Hotline für Selbstmordprävention	14
Serbien: Bahnvertrag im Wert von 230 Millionen Euro unterzeichnet	14
Viele Firmen am Bau des intermodalen Terminals in Belgrad interessiert	15
Ljubljana/Slowenien	16
Vizebürgermeisterin legt Amt nieder.....	16
Wohntürme: leistbarer Luxus in Ljubljana.....	16
Kiosk-Studio: TV-Sender in Ljubljana startet	17
Prag/Tschechien	18

Prag: Zahl der SchwarzfahrerInnen sinkt.....	18
Prag will einen Artikel aus dem Vertrag mit Peking streichen.....	18
Tschechischer Staat will Grundstücke für den Prager Ring erwerben.....	18
Budapest/Ungarn	20
Budapest: BesucherInnenansturm auf Heilbäder	20
Unbekanntes Klimt-Relief in Budapest entdeckt.....	20
Budapester Tanzfestival: neue Heimat	20

City News

Sarajevo/Bosnien-Herzegowina

GGr. für Bildung, Integration, Jugend und Personal

Universität Sarajevo: Auszeichnung von der Europäischen Kommission

Die Universität Sarajevo (UNSA) wurde von der Europäischen Kommission für deren Forschung ausgezeichnet. Die Auszeichnung wird an Forschungsinstitute verliehen, die bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung der Europäischen Charta für ForscherInnen machen. "Die Europäische Kommission hat die Anstrengungen der Universität Sarajevo, gute Arbeitsbedingungen für Forscher zu schaffen, erkannt. Die Auszeichnung ist wichtig für uns, aber gleichzeitig eine Verpflichtung", gab das Rektorat der Universität Sarajevo bekannt.
Dnevni avaz, Sarajevo, 17. Januar 2019

GGr. für Kultur und Wissenschaft

Sarajevo: Ausstellung zeigt Wandel des Frauenbildes

Am Donnerstag, dem 17. Jänner 2019, wurde, anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des "Brusa Bezistan"-Museums die Ausstellung "Sarajevoerinnen auf den Leinwänden der bosnisch-herzegowinischen Kunstmaler" eröffnet. Die 33 Kunstwerke von 22 KünstlerInnen zeigen Porträts von Frauen aus verschiedenen Kulturen, die im Zeitraum von 1875 bis 2018 in Sarajevo lebten. Laut der Kuratorin Indira Kučuk-Sorguč ist das Ziel der Ausstellung, den Wandel des Frauenbildes in den letzten 150 Jahre aufzuzeigen.
Dnevni avaz, Sarajevo, 18. Januar 2019

GGr. für Bildung, Integration, Jugend und Personal

Bosnien-Herzegowina: Negativer "Human Rights Watch Report"

Laut dem aktuellen Bericht der Organisation "Human Rights Watch" hat Bosnien-Herzegowina im Jahr 2018 geringe Fortschritte im Bereich Menschenrechte gemacht. Kriegsverbrecher-Prozesse seien immer noch zu langsam, Minderheiten würden immer noch diskriminiert und es würde immer noch an Unterbringungskapazitäten für MigrantInnen mangeln. Ferner sind, einer

Befragung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) im April 2018 zufolge, Roma in Bosnien-Herzegowina weiterhin in ihrem Recht auf Gesundheitsversorgung beschnitten. Die Regierung habe auch bei der Bekämpfung von ethnischer und religiöse Diskriminierung keine Fortschritte gemacht.

Dnevni list, Mostar, 18. Januar 2019

Sofia/Bulgarien

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Österreichische InvestorInnen diskutieren mit bulgarischem Staatspräsident über Geschäftsklima in Bulgarien

Der bulgarische Staatspräsident Rumen Radev (parteilos) traf am 16. Jänner 2019 mit VertreterInnen der österreichischen Wirtschaft in Bulgarien sowie mit Botschafterin Andrea Wicke und der Handelsdelegierten Ulrike Straka zusammen, um mit ihnen über die Herausforderungen ihrer Arbeit und über die Möglichkeiten einer Verbesserung des Geschäftsklimas in Bulgarien und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu diskutieren. Laut den österreichischen UnternehmerInnen sind die Qualifikation der Arbeitskräfte und die Infrastruktur von zentraler Bedeutung, wenn Bulgarien erfolgreich neue österreichische Investitionen anziehen will. Um den enormen Fachkräftemangel zu überwinden, müsse mehr Wert auf die duale Bildung gelegt werden. Als weitere unabdingbare Faktoren für die Verbesserung des Businessklimas wurden die Erhöhung der Transparenz und die Vorhersehbarkeit juristischer Änderungen genannt. Österreich ist nach den Niederlanden der zweitgrößte ausländische Investor in Bulgarien, mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 5,7 Milliarden Euro beziehungsweise 11,7 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen.

Focus-news.net, Sofia, 16. Januar 2019

GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport

Sofia baut neue soziale Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen

Die Gemeinde Sofia will neun neue soziale Einrichtungen für SeniorInnen und Menschen mit Behinderungen errichten. Die Kosten in Höhe von 5 Millionen Bulgarischen Leva (2,5 Millionen Euro) sollen aus dem Operationellen Programm "Regionen im Wachstum 2014 bis 2020" finanziert werden. In den neuen Zentren sollen insgesamt 160 Menschen betreut werden.

Trud, Sofia, 16. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Sofia: Fuhrpark wird kontinuierlich erneuert

Seit dem 17. Jänner 2018 sind auf zwei Buslinien 30 neue Erdgasbusse der Euro 6-Norm im Einsatz. Die Investition ist ein Teil der Strategie der Gemeinde zur kontinuierlichen Erneuerung des gesamten Fuhrparks des öffentlichen Verkehrs in Sofia. Im Jahr 2019 sind 133 Millionen Bulgarische Leva (68 Millionen Euro) für den Kauf von 13 neuen Straßenbahnen, 30 Elektrobussen und 112 weiteren Erdgasbussen vorgesehen. Insgesamt soll der gesamte Fuhrpark zu 90 Prozent erneuert werden.

Telegraf, Sofia, 17. Januar 2019

Zagreb/Kroatien

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Zagreber Bürgermeister will Projekte mithilfe von kroatischer Regierung realisieren

Da der Zagreber Bürgermeister Milan Bandić (BM365, Arbeits- und Solidaritätspartei) im kroatischen Parlament zwölf Abgeordnete in seinen Parteiklub holen konnte, scheint er nun von der kroatischen Regierung finanzielle Hilfe für die seit Jahrzehnten nicht realisierten Projekte zu wollen. So kündigte Bürgermeister Bandić an, mit Premierminister Andrej Plenković (HDZ – Kroatische Demokratische Gemeinschaft) über mehrere Projekte reden zu wollen. Es handelt sich unter anderem um die Anschaffung von 60 neuen Niederflurstraßenbahnen, den Bau einer neuen Kinderklinik oder um die Errichtung einer Straßenbahnverbindung zum Zagreber Flughafen. Offen bleibt, wie die Regierung auf diese Forderung von Bandić reagieren wird. Bei manchen Projekten, wie zum Beispiel dem Kinderklinikum, ist es eine klare Entscheidung. Bei anderen Projekten, wie den Straßenbahnen, ist es jedoch fraglich, warum die kroatischen SteuerzahlerInnen den überdurchschnittlichen Standard der Hauptstadt auch weiter steigern sollen.

Večernji list, Zagreb, 17. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Zagreb: Vorschlag zur Erhöhung der Müllabgaben

Die kroatische Tageszeitung "Jutarnji list" ist in den Besitz eines Vorschlags der Zagreber Stadtwerke gekommen, der eine Preiskorrektur der Müllabgaben vorsieht, der vielen BürgerInnen nicht gefallen wird. So sieht der Entwurf der Stadtwerke vor allem für Haushalte in Wohnungen und Häusern mit weniger als 50 Quadratmetern eine drastische Erhöhung der Gebühr um rund 70 bis 100 Prozent vor. Der Zagreber Bürgermeister Milan Bandić (BM365, Arbeits- und Solidaritätspartei) muss dem Vorschlag allerdings zustimmen. Bislang ließ er nur verlauten, dass die Preiserhöhung sicherlich nicht so dramatisch ausfallen werde.

Jutarnji list, Zagreb, 18. Januar 2019

GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport

Kroatien: Grippewelle erreicht Höhepunkt

Nach Angabe des Kroatischen Amtes für öffentliche Gesundheit hat die heurige Grippewelle ihren Höhepunkt erreicht. Im Zagreber Klinikum für Infektiologie sind derzeit 22 Personen wegen Komplikationen in kritischem Zustand. Heuer wurden offiziell rund 8.500 Grippeerkrankungen registriert, es wird allerdings geschätzt, dass die Dunkelziffer noch vier Mal höher ist. Nach Meinung von Expertinnen und Experten wird der Höhepunkt der Grippewelle noch mindestens sechs Wochen andauern.

24 sata, Zagreb, 18. Januar 2019

Krakau/Polen

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Kein Pilotversuch "Schulstraße" in Krakau

Die Stadt Krakau hat die Durchführung eines Pilotversuchs "Schulstraße" nach dem Wiener Vorbild in Erwägung gezogen. Wie sich nun herausgestellt hat, wird das Projekt in Krakau nicht umgesetzt. Das Projekt ist auf Skepsis seitens des Krakauer Bürgermeisters, Jacek Majchrowski (parteilos), gestoßen. "Die Verkehrsbeschränkung, die vor allem darauf abzielt, das Verkehrsverhalten zu erpressen, lässt Rechtsfragen aufkommen", sagte Majchrowski. Anders stellt sich die Situation in Posen dar. Der Bürgermeister von Posen, Jacek Jaśkowiak (PO - Bürgerplattform), zeigt Interesse, die Maßnahme nach Wiener Modell in Posen umzusetzen.

Gazeta Wyborcza - Kraków, Krakau, 17. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Tourismus-Rekorde in Kleinpolen

800.000 TouristInnen mehr haben 2018 im Vergleich zu 2017 die Region Kleinpolen besucht. Dies folgt aus dem letzten Bericht des Kleinpolnischen Tourismusvereins. Insgesamt waren es 16,7 Millionen BesucherInnen. Die Zahl der Gäste aus dem Ausland stieg um 4 Prozent auf 3,3 Millionen. Die meisten stammen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und der Ukraine. Unter den am meisten besuchten Städten der Region befinden sich Krakau, Zakopane und Wieliczka.

Gazeta Wyborcza - Kraków, Krakau, 17. Januar 2019

GGr. für Bildung, Integration, Jugend und Personal

Ganz Polen nimmt Abschied vom Danziger Bürgermeister

Am 17. Jänner 2019 wurde der Sarg vom Danziger Bürgermeister, Pawel Adamowicz, der infolge eines brutalen Messerangriffs am 14. Jänner 2019 verstorben ist, im Europäischen Zentrum der Solidarität in Danzig aufgebahrt. Die Danzigerinnen und Danziger sind gestern zahlreich gekommen, um vom Bürgermeister von Danzig Abschied zu nehmen. Die Bestattung findet am Samstag, dem 19. Jänner, statt. An der Zeremonie nehmen unter anderem der

polnische Staatspräsident, Andrzej Duda (parteilos), der polnische
Premierminister, Mateusz Morawiecki (PiS - Recht und Gerechtigkeit), sowie der
amtierende Vorsitzende des Europäischen Rates, Donald Tusk (PO -
Bürgerplattform), teil.
Dziennik Polski, Krakau, 18. Januar 2019

Belgrad/Serbien

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Russische Firma an Entwicklung eines Stadtgebiets in Belgrad interessiert

Die Belgrader Tageszeitung "Politika" berichtete Mitte Jänner 2019, dass der russische Investmentfonds "Marera Properties" Interesse an der Entwicklung des Belgrader Westbezirks Novi Beograd haben soll. Dem Artikel zufolge sollen auf einer Fläche von knapp 47 Hektar mehr als 350.000 Quadratmeter an Geschäftsräumlichkeiten als Teil einer sogenannten "Greenfield-Investition" entstehen. "Politika" berichtete weiter, dass im Rahmen eines möglichen Deals zwischen dem Bund und der Stadt Belgrad künftig der Belgrader Magistrat sowie auch einige Bundesinstitutionen in den neuen Stadtteil ziehen könnten.
eKapija.com, Belgrad, 16. Januar 2019

GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport

Serbien: Erste SOS-Hotline für Selbstmordprävention

Im Rahmen des Betriebes des Belgrader Klinikums für psychische Krankheiten "Laza Lazarević" wurde Mitte Jänner 2019 die erste nationale SOS-Hotline zur Vorbeugung von Suiziden in Betrieb genommen. Jährlich werden in Serbien etwa 1.500 Selbstmorde verzeichnet. Dementsprechend belegt Serbien Rang 13 unter den europäischen Ländern mit den höchsten Suizidraten. Die Hotline steht allen Personen, die planen, Selbstmord zu begehen, und Familienangehörigen offen. Für ein Gespräch stehen PsychiaterInnen, PsychologInnen und SozialarbeiterInnen zur Verfügung.
Blic, Belgrad, 17. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Serbien: Bahnvertrag im Wert von 230 Millionen Euro unterzeichnet

Die russische Firma "RZD International" und die serbische Bahngesellschaft "Infrastruktura Železnice Srbije" unterzeichneten am 17. Jänner 2019 einen Vertrag im Bereich der Bahninfrastruktur im Wert von 230 Millionen Euro. Das Projekt

umfasst die Erstellung von Projektunterlagen (10,7 Millionen Euro), Bauarbeiten im Zuge des Ausbaus der serbischen Bahninfrastruktur (91,9 Millionen Euro) und die Errichtung eines Dispatcher-Zentrums zur Steuerung des Bahnverkehrs in Serbien (127,4 Millionen Euro). Die Finanzierung erfolgt aus russischen Staatskrediten.
eKapija.com, Belgrad, 17. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Viele Firmen am Bau des intermodalen Terminals in Belgrad interessiert

Bis Mitte Jänner 2019 sollen zwölf Firmen aus Serbien und dem Ausland ihr Interesse an dem Tender für den Bau des intermodalen Terminals im westlichen Belgrader Stadtteil Batajnica bekundet haben. Die Ausschreibung zu diesem Bauprojekt soll noch in der ersten Jahreshälfte 2019 vonseiten der Belgrader Stadtbaudirektion veröffentlicht werden. Den Plänen zufolge soll das intermodale Terminal ein Bestandteil des künftigen Logistikzentrums Belgrad werden. Der Bau dazu wird aus dem sogenannten Vorbeitrittsfonds der Europäischen Union und dem serbischen Bundesbudget finanziert.
Politika, Belgrad, 17. Januar 2019

Ljubljana/Slowenien

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Vizebürgermeisterin legt Amt nieder

Die neue Stadtregierung in Ljubljana würde sich nicht verändern, hieß es unmittelbar nach den Wahlen. Nun wurde bekannt, dass Vizebürgermeisterin Jelka Žekar ihr Amt nicht mehr ausführen wird. Wegen persönlichen Gründen entschied sie sich dazu, in Pension zu gehen. Sie wird jedoch nach wie vor als Gemeinderätin der "Liste Zoran Janković" (LZJ) geführt. Jelka Žekar war seit 2012 im Amt und für die Ressorts Investitionen und Wirtschaft zuständig – diese werden jetzt unter den restlichen vier VizebürgermeisterInnen aufgeteilt. Prof. Janez Koželj ist auch weiterhin Stadtarchitekt, Aleš Čerin für Juristische Angelegenheiten sowie für die Kooperation mit den staatlichen Institutionen zuständig, Mag.^a Tjaša Ficko leitet die internationalen Aktivitäten und Dejan Crnek ist im Bereich der lokalen Verwaltung und Sport tätig. Alle genannten Personen sind dem Laibacher Bürgermeister direkt unterstellt und haben eine ähnliche Rolle wie die Stadträtinnen und Stadträte in Wien.

Ljubljana.si, 17. Januar 2019

GGr. für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen

Wohntürme: leistbarer Luxus in Ljubljana

Das Unternehmen "Spektra Invest" baut im Laibacher Stadtteil Šiška zwei, 85 Meter hohe Hochhäuser. Auf 21 Stockwerken sollen circa 220 Wohnungen errichtet werden. Der Bau dieser zwei höchsten Wohnobjekte in Ljubljana soll 2020 abgeschlossen sein. Der Gesamtwert der Investition beträgt circa 40 Millionen Euro. Die Wohnungspreise in diesen Luxuswohnungen sollen die derzeitigen Preise für gebrauchte Wohnungen in Ljubljana nicht überschreiten. Das würde einen ungefähren Quadratmeterpreis von 3.000 Euro bedeuten.

Delo, d.o.o., Ljubljana, 16. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Kiosk-Studio: TV-Sender in Ljubljana startet

Der einzige Bewerber für die Aufstellung eines Kiosks auf dem Platz "Ajdovščina" im Stadtzentrum war "TV Ljubljana". Die Betreiber wollen die Möglichkeit nutzen, um im 25 Quadratmeter großen Kiosk ein Fernsehstudio zu betreiben.

Voraussichtlich soll bereits im Sommer 2019 der Sendebetrieb aufgenommen werden. Die Inhalte sollen die Präsentation Ljubljanas als touristische Destination sowie das Geschehen in der slowenischen Hauptstadt umfassen. Laut Chefredakteurin Mateja Berginc soll das Programm vor allem auf Informations- und Bildungssendungen sowie Fernsehdebatten basieren. Der private Fernsehsender "TV Ljubljana" nahm vor einem Jahr den Sendebetrieb im Einkaufszentrum BTC auf. Die ZuschauerInnenzahlen übertrafen laut der Chefredakteurin alle Erwartungen.

Delo, d.o.o., Ljubljana, 17. Januar 2019

Prag/Tschechien

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Prag: Zahl der SchwarzfahrerInnen sinkt

Die Prager Stadtregierung verlängerte die Aktion "Nur die Hälfte der Strafe zahlen" auf unbestimmte Zeit, da sich die Zahl der SchwarzfahrerInnen seit Beginn der Aktion um fast 15 Prozent verringert hat. Die Aktion "Nur die Hälfte der Strafe zahlen" wurde im Herbst 2017 im Rahmen der Kampagne "Fährst du schwarz?" eingeführt und sieht vor, dass das Bußgeld für Schwarzfahren um die Hälfte reduziert wird, wenn die SchwarzfahrerInnen eine Jahreskarte erwerben. Bis zum 14. Jänner 2019 nutzten 5.378 SchwarzfahrerInnen die Aktion des Pragers Verkehrsbetriebs.

Pražský deník, Prag, 16. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Prag will einen Artikel aus dem Vertrag mit Peking streichen

Die Prager Stadtregierung will den Artikel aus dem Vertrag über die Partnerschaft zwischen Prag und Peking streichen lassen, der sich auf die Anerkennung der Ein-China-Politik bezieht und die Unabhängigkeit Taiwans nicht berücksichtigt. Darauf einigte sich die Prager Stadtregierung, die den Veränderungsvorschlag bis Ende Jänner 2019 abstimmen möchte. Die derzeitige Fassung des Vertrags wurde unter der Regierung der Oberbürgermeisterin Adriana Krnáčová (ANO – JA) im Jahr 2016 abgeschlossen und hat die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Städte zum Inhalt.

Idnes.cz, Prag, 16. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Tschechischer Staat will Grundstücke für den Prager Ring erwerben

Die Pläne für den Ausbau des Prager Ringes zwischen der Autobahn D1 und D11 sind fortgeschritten. Der Prager Magistrat hat mit dem tschechischen Verkehrsministerium einen Vertrag abgeschlossen, der vorsieht, dass der

tschechische Staat die benötigten Grundstücke erwirbt, um den Prozess zu beschleunigen. Die Grundstücke, die für die Erweiterung des Prager Ringes nicht verwendet werden, will die Stadt Prag in weiterer Folge erwerben, um darauf Grünflächen zu errichten. Diese sollen die AnrainerInnen vor Lärm schützen. Der Prager Magistrat und das Verkehrsministerium bestätigten dies in einem Memorandum. Bereits letzte Woche traf der Stadtrat für Verkehr, Adam Scheinherr (Praha sobě – Prag für sich), die BürgermeisterInnen der jeweiligen Stadtteile, um über die Bedingungen für den Erwerb der Grundstücke zu verhandeln.
Prazsky.denik.cz, Prag, 16. Januar 2019

Budapest/Ungarn

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Budapest: BesucherInnenansturm auf Heilbäder

Die Budapester Heil- und Thermalbäder (BGYH) erfreuen sich eines BesucherInnenansturms. 2018 verzeichneten sie einen Zuwachs von 300.000 BesucherInnen, das sind 7,3 Prozent. Somit besuchten insgesamt 4,5 Millionen Gäste die Bäder. Besonders beliebt waren die zwei Bäder "Palatinus" und "Paskál", wo größere Entwicklungen stattgefunden haben. Die Gesellschaft erreichte damit 2018 einen Umsatz von 15 Milliarden Forint (46,66 Millionen Euro). Die historischen Bäder der Hauptstadt wurden 2018 von mehr als 2 Millionen ausländischen Gästen besucht.

Világgazdaság, Budapest, 16. Januar 2019

GGr. für Kultur und Wissenschaft

Unbekanntes Klimt-Relief in Budapest entdeckt

Ein bisher unbekanntes, vermutlich von Gustav Klimt gefertigtes Relief soll in einer Wohnung an der Großen Ringstraße von Budapest entdeckt worden sein. Das Werk wurde am Dienstag, dem 15. Jänner 2019, im Rahmen einer Sitzung des "Vereines Ungarischer Innenarchitekten" präsentiert. Das Relief soll als Schmucktafel der ungarischen Vertretung des österreichischen Pianobauers Friedrich Ehrbahr gedient haben. Die Wohnung, in der das wertvolle Kunstwerk vom Innenarchitekten György Selmeczi entdeckt wurde, diente früher als Klaviersalon. Laut Informationen der Tageszeitung "Népszava" soll das Relief ein Jahrhundert an der gleichen Wand gehangen haben. Das Gipsrelief, auf dem Apollo zu sehen ist, soll in den Jahren zwischen 1890 und 1892 unter Mitarbeit der Brüder von Gustav Klimt, Georg und Ernst, entstanden sein.

Népszava, Budapest, 17. Januar 2019

GGr. für Kultur und Wissenschaft

Budapester Tanzfestival: neue Heimat

Am 15. Februar 2019 wird mit der Übergabe des neuen Nationalen Tanztheaters das "Budapester Tanzfestival" eröffnet. Die Veranstaltung ist eine der größten und prestigeträchtigsten Tanzveranstaltungen Mitteleuropas und wird bis zum 2. März dauern. Im Rahmen der Veranstaltung werden rund 24 Vorträge und

neun Premieren präsentiert. Das Tanztheater musste ursprünglich aus dem Budaer Burgtheater ausziehen, da sich dort, im ehemaligen Karmelitenkloster, seit Jänner 2019 das neue Büro des ungarischen Premiers Viktor Orbán (Fidesz – Bund Junger Demokraten) befindet. Für die neue Heimat des Tanztheaters wurde das Gebäude "Teátrium" auf der Budaer Seite im Millenáris-Park umgestaltet und modernisiert. Die Kosten der Investition beliefen sich auf rund 4,2 Milliarden Forint (13,06 Millionen Euro), die aus dem Staatsbudget zur Verfügung gestellt wurden. Péter Ertl, Direktor des Nationalen Tanztheaters, betonte bei der Pressekonferenz am 16. Jänner 2019, dass mit der feierlichen Eröffnung des neuen Gebäudes ein neues Kapitel im Leben des Tanztheaters beginnt.
Magyar Idők, Budapest, 17. Januar 2019